

Pressemitteilung

14. Dezember 2023

Sozial, aber nicht für alle

Koalitionsvertrag mit hartem Migrationskurs, konservativem Gesellschaftsbild und sozialpolitischen Lichtblicken

Der Koalitionsvertrag benennt zwar viele drängende sozialpolitische Themen, ergeht sich aber in vollmundigen Willensbekundungen, bleibt konkrete Lösungsansätze oft schuldig und lässt zu viele Interpretationsspielräume offen. „Das Papier von CDU und SPD trägt eine konservative Handschrift, auch wenn er im Tonfall gemäßiger ist als das vorab veröffentlichte Eckpunktepapier der beiden Parteien“, kommentiert Dr. Yasmin Alinaghi, Landesgeschäftsführerin des Paritätischen Wohlfahrtsverbands Hessen: „Wir vermissen einen emanzipatorischen Blick auf die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen.“

Positiv hervorzuheben ist, dass im Koalitionsvertrag ein Aktionsplan gegen Armut und ein Gesetz gegen Leerstand angekündigt werden. „Die Bekämpfung der Armut, insbesondere unter Kindern und Alleinerziehenden, sowie der Wohnungsnot müssen in der kommenden Legislaturperiode zentral sein“, betont Kristina Nottbohm, Referentin für Grundsatzfragen beim Paritätischen Hessen: „Daher begrüßen wir auch die Ankündigung, dass der soziale Wohnungsbau stärker gefördert werden soll. Allerdings darf die Erhöhung nicht nur symbolisch sein, sondern muss sehr deutlich ausfallen, um wirksam zu werden.“

Das Gesellschafts-, Familien- und Frauenbild des Koalitionsvertrags ist traditionell und teilweise widersprüchlich. So findet sich das Bekenntnis gegen Queerfeindlichkeit neben dem Gender-Verbot in öffentlichen Einrichtungen, obwohl beide unvereinbar sind. Nicht nur an dieser Stelle zeigt sich, dass der „neue Konsens“, den CDU und SPD im Vorwort des Koalitionsvertrags propagieren, einer Quadratur des Kreises gleicht, und noch ausgehandelt werden muss.

Migrationspolitisch kommt der Koalitionsvertrag einer Abkehr von der Genfer Flüchtlingskonvention und damit dem Menschenrecht auf Asyl gleich. Höchst alarmiert sind wir darüber, dass Kindeswohl und Jugendschutz für minderjährige Geflüchtete ausländerrechtlich ausgehebelt werden sollen. Wir begrüßen, dass die vom Paritätischen Hessen schon lange für Flüchtlingsunterkünfte geforderten Mindest- und Gewaltschutzstandards eingeführt werden sollen. Ebenso ist gut, dass eine professionelle Struktur der Einzelfallberatung für Migrant*innen in Hessen gefördert werden soll, wie es in vielen anderen Bundesländern schon seit Jahren der Fall ist.

Ein progressiver Aspekt ist, dass die künftige Landesregierung Barrierefreiheit als Ziel stark in den Fokus rückt. Eine inhaltliche Lücke tut sich dagegen beim Thema Suchtberatung und -prävention auf. Beides muss angesichts der Cannabis-Legalisierung dringend gestärkt werden. Auch schweigt der Koalitionsvertrag dazu, dass die Förderung von Kindern mit Behinderung im Rahmen der Frühförderung weiterhin ein erklärtes Ziel der Landesregierung ist. Dieses Bekenntnis wäre wichtig, weil es immer noch Finanzierungslücken in diesem Bereich gibt und die Förderung für Kinder mit Behinderung so früh und verlässlich wie möglich beginnen muss.

Die Probleme, die in der Pflege angesichts des demografischen Wandels und des Fachkräftemangels dramatisch zunehmen, werden im Koalitionsvertrag erkannt, ernst genommen und konkrete Gegenmaßnahmen angekündigt. Eher hilflos, am Thema vorbei und plakativ ist an dieser Stelle dagegen die Ankündigung, dass als Zeichen des Respekts und der Anerkennung in Hessen ein „Großelterntag“ eingeführt werden soll.

Ansprechpartnerin beim Paritätischen Hessen:

Kristina Nottbohm

Referentin für Grundsatzfragen

Telefon: 069 955262-11

E-Mail: kristina.nottbohm@paritaet-hessen.org

Der Paritätische Hessen ist der Spitzenverband von mehr als 800 sozialen Mitgliedsorganisationen aus den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe, Gesundheitswesen, Frauen- und Mädchenarbeit, Behinderten- und Altenhilfe, Migrationsarbeit, Suchtkranken- und Selbsthilfe, Straffälligen- und Wohnungslöshilfe, Arbeitsmarktpolitik, soziale Psychiatrie sowie Freiwilligenarbeit. Mehr als 57.000 hauptamtliche und 35.000 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in den Einrichtungen tätig.

Der Paritätische Hessen vertritt die Interessen der hilfebedürftigen und benachteiligten Menschen ebenso wie die Interessen seiner Mitgliedsorganisationen. Durch Lobbyarbeit sowie durch fachliche, rechtliche und finanzielle Unterstützung sichert er die Qualität der sozialen Arbeit seiner Mitglieder.